

.SIAK-Journal – Zeitschrift für Polizeiwissenschaft und polizeiliche Praxis



Gruber, Marika (2014):

Zusammenleben in Vielfalt im ländlichen Raum

SIAC-Journal – Zeitschrift für
Polizeiwissenschaft und polizeiliche Praxis
(1), 35-45.

doi: 10.7396/2014_1_D

Um auf diesen Artikel als Quelle zu verweisen, verwenden Sie bitte folgende Angaben:

Gruber, Marika (2014). Zusammenleben in Vielfalt im ländlichen Raum, SIAC-Journal – Zeitschrift für Polizeiwissenschaft und polizeiliche Praxis (1), 35-45, Online: http://dx.doi.org/10.7396/2014_1_D.

© Bundesministerium für Inneres – Sicherheitsakademie / Verlag NWV, 2014

Hinweis: Die gedruckte Ausgabe des Artikels ist in der Print-Version des SIAC-Journals im Verlag NWV (<http://nwv.at>) erschienen.

Online publiziert: 5/2014

Zusammenleben in Vielfalt im ländlichen Raum

Im Jahresdurchschnitt 2012 hatten 1,58 Millionen (18,9 %) der etwa 8,35 Millionen Menschen in Österreich einen Migrationshintergrund. Der Großteil davon lebt in Städten mit mindestens 20.000 Einwohnern. Doch Zuwanderung ist längst kein rein städtisches Phänomen mehr, sondern findet auf Grund von Arbeitsmigration, Familiennachzug oder Flucht und Vertreibung und der Beherbergung von Asylsuchenden verstärkt auch in ländlichen Regionen statt. Gemeinden im ländlichen Raum finden aber im Unterschied zu Städten andere integrationspolitische Rahmenbedingungen und Infrastrukturen vor. Die Erfahrungen aus der städtischen Integrationsarbeit sind daher nur bedingt auf Gemeinden des ländlichen Raums übertragbar. Ziel des vorliegenden Beitrags ist es, den ländlichen Raum als Zuwanderungsort zu fokussieren und dabei seine integrationsrelevanten Besonderheiten und Rahmenbedingungen zu verdeutlichen. Der Beitrag setzt sich zunächst kritisch mit dem Begriff der Integration auseinander und versucht Abgrenzungen zu anderen in diesem Kontext verwendeten Begriffen wie Pluralismus, Diversität oder Inklusion vorzunehmen. Anschließend erfolgt ein Überblick über den Forschungsstand zu Integration im ländlichen Raum. In weiterer Folge verdeutlicht der vorliegende Beitrag wesentliche integrationsrelevante Unterschiede zwischen städtischen und ländlichen Gemeinden und zeigt Möglichkeiten zur organisatorischen Verankerung sowie Beispiele für die praktische Gestaltung von Integrationsarbeit im ländlichen Raum auf. Als eine zentrale Voraussetzung für gelingende Integrationsarbeit wird entsprechendes Know-how sowie Planungs- und Umsetzungskompetenz der handelnden Integrationsakteurinnen und -akteure genannt. Damit Gemeinden diese Querschnittsmaterie aktiv gestalten können, brauchen sie häufig Unterstützung: finanzieller Art, aber auch etwa in Form von Kompetenzvermittlung oder Prozessbegleitungen.

1. AUSGANGSLAGE

In Österreich lebten im Jahresdurchschnitt 2012 rund 8,35 Millionen Menschen. Davon wiesen rund 1,58 Millionen (18,9 %) einen so genannten Migrationshintergrund auf (Statistik Austria 2013a). Darunter werden laut Definition der „United Nations Economic Commission for Europe“ (UNECE), auf die sich die Statistik Austria

stützt, Personen verstanden, deren beide Elternteile im Ausland geboren wurden (UNECE 2006, 90). Die Zuwanderung findet hauptsächlich in größere Städte statt. Rund 62 % der Bevölkerung mit ausländischer Staatsangehörigkeit und/oder ausländischem Geburtsort lebte Anfang des Jahres 2013 in Städten mit 20.000 oder mehr Einwohnerinnen und Einwohnern.



MARIKA GRUBER,
*Forschungsreferentin und
wissenschaftliche Mitarbeiterin
an der Fachhochschule Kärnten.*

Allein auf Wien konzentrieren sich fast 40 % der Personen mit ausländischer Herkunft (Statistik Austria/Bundesministerium für Inneres 2013, 78).

In den vergangenen Jahren waren es daher vor allem die Städte, die begannen, Maßnahmen zu entwickeln und anzubieten, die den Integrationsprozess (verstanden als zweiseitiger Prozess, der die Zuwanderungs- als auch die Aufnahmegesellschaft einbindet) fördern sollen. Während in vielen Städten in der Zwischenzeit bereits ein recht breites und vielfältiges Angebot an integrationsfördernden Strukturen und Angeboten aufgebaut wurde (z.B. klar definierte Ansprechstellen und Zuständigkeiten, Integrationsleitbilder, Deutschkurse, spezifische Beratungs- und Unterstützungsangebote) und sich der Fokus von Wissenschaft, Politik und Medien auf die größeren Städte mit stärkerem Zuwachs an Menschen mit Migrationshintergrund richtete, fand indessen relativ unbemerkt in vielen kleineren und mittelgroßen Gemeinden (darunter werden in diesem Kontext Gemeinden bis ca. 15.000 Einwohnerinnen und Einwohner verstanden) eine stadtähnliche Entwicklung statt. Auf Grund der räumlichen Konzentration von Menschen mit Migrationshintergrund auf die größeren Städte, wurde der Blick auf die Gemeinden im ländlichen Raum (städtische Umlandgemeinden bzw. Gemeinden mit stadtähnlichen Strukturen in ländlichen Regionen und Landgemeinden) stark vernachlässigt. Durch Arbeitsmigration, Familiennachzug, aber auch Flucht und Vertreibung und die Beherbergung von Asylsuchenden in Grundversorgungszentren und Privatpensionen, die häufig in kleineren und mittelgroßen Gemeinden betrieben werden, siedelten sich Zuwanderinnen und Zuwanderer auch in außerstädtischen Räumen an. Zum 01.01.2012 wiesen in Österreich 695 Gemeinden unter 15.000 Einwohne-

rinnen und Einwohner 10 % oder mehr an Personen mit ausländischer Herkunft auf (Statistik Austria 2012).

Erst in jüngerer Zeit schenken Wissenschaft und Politik dem ländlichen Raum als Zuwanderungsort mehr Beachtung. In der Literatur findet sich daher erst wenig Material. Vieles dazu stammt aus Deutschland, dessen ländlicher Raum mit den österreichischen Gegebenheiten aber nur schwer vergleichbar ist. Die Kommunale Gemeinschaftsstelle für Verwaltungsmanagement (KGSt) in Köln betrachtet bspw. in ihrer Benchmarking- und Vergleichsringarbeit, die sie u.a. auch mit kleineren Kommunen durchführt, jene mit rund 15.000 Einwohnerinnen und Einwohner. 90 % der österreichischen Gemeinden (2.128 von 2.354 Gemeinden) haben aber 5.000 oder weniger Einwohnerinnen und Einwohner (Statistik Austria 2013b). Erfahrungen aus Deutschland sind daher nur schwer auf den österreichischen ländlichen Raum übertragbar.

Selbst in der Bundesrepublik Deutschland, die auf mehr und längere Erfahrung in der Integrationsarbeit verweisen kann und deren Städte vergleichsmäßig früher als österreichische Kommunen mit Integrationsinitiativen begannen, liegen – soweit ersichtlich – erst wenige Forschungsarbeiten zu Integrationsprozessen im ländlichen Raum vor.¹ Der Forschungs- und Wissensbedarf zum Thema ist mittlerweile aber evident und spiegelt sich u.a. in laufenden Projekten² und ersten Forschungsergebnissen sowie Fachtagungen und Diskussionsveranstaltungen³ wider. Die Bedeutung von Zuwanderung und Integration für die Raum- und Regionalentwicklung wird auch durch die Verankerung der Themen Integration und Vielfalt im österreichischen Raumentwicklungskonzept 2011 durch die österreichische Raumordnungskonferenz ersichtlich. Diese initiierte zu „Vielfalt und Integration im Raum“ auch eine ÖREK-

Partnerschaft (siehe dazu Österreichische Raumordnungskonferenz 2010).

Die Förderung der Integrationskompetenz auf der lokalen und kommunalen Ebene wird vom österreichischen Expertenrat für Integration im 20-Punkte-Programm als eine prioritäre Maßnahme genannt (Expertenrat für Integration 2011, 46). Städtische und ländliche Gemeinden unterscheiden sich jedoch in mehreren integrationsrelevanten Punkten voneinander. Die vorliegenden wissenschaftlichen Erkenntnisse, Handlungsempfehlungen und Good-Practice-Beispiele, die großteils Städte ab rund 50.000 Einwohnerinnen und Einwohner zum Gegenstand haben (Amt der Oberösterreichischen Landesregierung 2011, 74; vgl. dazu auch Güngör 2008, 135), sind auf kleinere und mittelgroße Gemeinden nur bedingt übertragbar. Um auch Gemeinden im ländlichen Raum bei ihrer Integrationsarbeit zu unterstützen und die Integrationskompetenz in kleinen und mittelgroßen Gemeinden zu fördern, wurde mit Unterstützung des Bundesministeriums für Inneres/Staatssekretariat für Integration das Praxishandbuch „Integration im ländlichen Raum“ (Gruber 2013) entwickelt. Das Praxishandbuch greift genau diesen vom Expertenrat genannten Bedarf auf und bietet auf sehr praxisrelevante Weise mit Good-Practice-Beispielen und einer umfassenden Toolbox ein Handwerkszeug, das Gemeinden bei der Initiierung, Analyse und Weiterentwicklung der eigenen Integrationsarbeit unterstützen soll.

2. INTEGRATIONSBEGRIFF

„Der Begriff ‚Integration‘ erlebt derzeit Karriere und ist mit unterschiedlichen Begriffsinhalten in aller Munde“ (Fassmann 2008, 1). Heinz Fassmann kritisiert damit die mangelnde Schärfe und Genauigkeit im Umgang mit dem Begriff „Integration“. Ein Grund dafür mag sein, wie Bernhard Perchinig ins Treffen führt, dass „je nach

Interessenslage und politischer Orientierung [...] verschiedene Bedeutungen im Vordergrund [stehen]“ (Perchinig 2010, 17). Die Spannweite reicht dabei vom Herstellen von Chancengerechtigkeit und dem Ermöglichen einer Chancengleichheit bis hin zu einer einseitigen Bringschuld der Zuwanderinnen und Zuwanderer (Perchinig 2010, 18). Perchinig bezeichnet Integration daher als einen „Containerbegriff“, in den man alles Mögliche und Unmögliche hineinpacken und auch herausziehen kann“ (Perchinig 2010, 18).

In den meisten Integrationsleitbildern und -konzepten der Kommunen und Länder sowie im Nationalen Aktionsplan für Integration (Bundesministerium für Inneres o.J., 3) wird Integration als „zweiseitiger, fortlaufender Prozess beschrieben, der Leistungen der Zuwanderinnen und Zuwanderer, aber auch Leistungen der Aufnahmegesellschaft erfordert (individueller und gesellschaftlicher Art)“ (Gruber 2013, 17). Nach Bischof und Liegl (Bischof/Liegl 2008, 149) liegen die Leistungen der Aufnahmegesellschaft vor allem im Ermöglichen von Gleichstellung und Partizipation. Markt, Staat und Zivilgesellschaft sollen für alle Menschen gleich zugänglich sein. Die Integrationspolitik soll dazu eine gleichberechtigte Teilhabe an den verschiedenen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens, wie Wirtschaft, Bildung, Politik oder Kultur, sicherstellen (siehe dazu z.B. Schader-Stiftung et al. 2005, 10; Kommunale Gemeinschaftsstelle für Verwaltungsvereinfachung 2005, 13). Integration erfordert dabei keine vollständige Aufgabe der mitgebrachten Sprache, Kultur oder Religion als Gegenleistung (Assimilation) (Keskin 2009, 21).

Kritik am Integrationskonzept ruft u.a. hervor, dass Maßnahmen und Aktivitäten, die die Integration von Menschen mit Migrationshintergrund in den verschiedenen Bereichen des Lebens fördern sollen,

häufig darauf abzielen, Mängel, wie unzureichende Kenntnisse der deutschen Sprache, auszugleichen. Dies führt dazu, dass eine an Defiziten anstatt an Ressourcen orientierte Diskussion geführt wird. So wird etwa der Vorteil der Mehrsprachigkeit häufig übersehen. Caixeta und Cepek-Neuhauser (Caixeta/Cepek-Neuhauser 2008, 56) kritisieren außerdem den Umstand, dass die Integration der Menschen mit Migrationshintergrund in den Arbeitsmarkt, das Bildungssystem oder die Gesellschaft häufig als einseitige Forderung an die Migrantinnen und Migranten formuliert wird.

Bei neueren Ansätzen und Konzepten wie „Pluralismus“ oder „Diversitätspolitik“ wird Unterschiedlichkeit bzw. Vielfalt als ein gesellschaftlich normaler Zustand angesehen (Antalovsky/Wolffhardt 2002). Unterschiedlichkeit wird damit stärker als Chance und Ressource wahrgenommen.

In der jüngsten wissenschaftlichen Diskussion wird vermehrt der Begriff „Inklusion“ verwendet, was so viel wie „Einchluss“ und damit Einbeziehung bzw. Dazugehörigkeit bedeutet. Während mit dem Begriff Integration ein vorausgegangener Ausschluss verbunden ist (daher Hereinnahme von außerhalb des Systems Stehenden bzw. Aufnahme von einem Teil in das Ganze), hat Inklusion die selbstverständliche Teilnahme aller Menschen zum Ziel. Der Individualität aller Menschen soll damit verstärkt Rechnung getragen werden (Jagersberger o.J.). In diesem Beitrag wird jedoch trotzdem mit dem Begriff Integration gearbeitet: erstens, weil er in Praxis, Medien und Politik mittlerweile geläufig ist und als Arbeitsbegriff verwendet wird; zweitens, weil dieser in Forschung und Wissenschaft auch weiterhin angewandt wird, und drittens, weil sämtliche Aktivitäten und Maßnahmen im Zusammenhang mit dem Begriff Integration gebildet und geprägt wurden

(z.B. wird von Integrationsleitbildern gesprochen, es gibt Integrationsstadträtinnen und -räte sowie ein Staatssekretariat für Integration und mittels Indikatoren wird versucht, den Integrationserfolg zu messen). Wichtig ist jedoch, wie der Begriff Integration verstanden und ausgelegt wird. Im vorliegenden Beitrag wird Integration als zweiseitiger, kontinuierlicher Prozess verstanden, der sowohl die Zuwanderungs- als auch die bereits ansässige Bevölkerung miteinbindet. Mit dem Begriff ist keine einseitige Leistungsforderung verbunden und Diversität wird als Ressource gesehen. Integration wird als ein gelingendes Zusammenleben aller in einer heterogenen und pluralen Gesellschaft verstanden, wo sich der Förderbedarf an der Individualität des Einzelnen orientiert.

3. INTEGRATIONSRELEVANTE UNTERSCHIEDE ZWISCHEN STÄDTEN UND LÄNDLICHEN GEMEINDEN

Die Zuwanderung erfolgt in Gemeinden. Städtische und ländliche Gemeinden unterscheiden sich aber hinsichtlich verschiedener integrationsrelevanter Kriterien (z.B. Vielfalt, Anonymität, Strukturiertheit, migrantische Netzwerke, Vorhandensein spezifischer integrationsunterstützender Infrastruktur oder der Rolle des Bürgermeisters/der Bürgermeisterin) voneinander. Daher ist es notwendig, sich der unterschiedlichen Rahmenbedingungen für die Integrationsarbeit im ländlichen Raum, die wiederum den Verlauf des Integrationsprozesses beeinflussen, bewusst zu sein. Die nachfolgende Darstellung soll einen Überblick über einige ausgewählte integrationsrelevante Kriterien und deren Ausformung für Gemeinden im ländlichen Raum geben sowie wesentliche Unterschiede der Integrationsarbeit in Städten und ländlichen Gemeinden verdeutlichen (vgl. dazu Gruber 2013, 25–27).

► **Kriterium: Vielfalt**

Während urbane Räume von einer Vielfalt an Nationalitäten, Kulturen und Lebensstilen geprägt sind, finden sich in ländlichen Gemeinden überschaubare, weniger diverse Sozialräume.

► **Kriterium: Anonymität**

Dementsprechend geringer ist auch die Anonymität in ländlichen Gemeinden. Sie können unmittelbaren Kontakt bieten, der Potential für Gemeinschaft und soziale Geborgenheit birgt, der jedoch auch höhere soziale Kontrolle und höhere Sensibilität gegenüber sozialen oder ethnischen Unterschieden bedeuten kann.

► **Kriterium: Integrationspolitische Schwerpunktsetzung**

Integrationsfördernde Aktivitäten in Gemeinden im ländlichen Raum widmen sich insbesondere dem sozialen Nahbereich und dem unmittelbaren Zusammenleben. Maßnahmen zur Förderung der wechselseitigen Begegnung werden daher gerne gewählt. Weitere integrationspolitische Schwerpunktbereiche von Gemeinden im ländlichen Raum betreffen die Themen Sprache und Bildung, die Gestaltung einer „einladenden“ Ansprache, Kommunikation und Information von Neuzuwanderinnen und -zuwanderern sowie das Ermöglichen von Mitgestaltung. Größere Städte hingegen sind auf Grund ihrer ausgereifteren und vielfältigeren Integrationsstrukturen in mehreren, verschiedenen integrationspolitischen Handlungsfeldern aktiv. Erste Ansätze zur Verwirklichung eines Diversity Managements finden sich ebenfalls in größeren, städtischen Gemeinden.

► **Kriterium: Strukturiertheit**

In städtischen Gemeinden sind öfter fest verankerte integrationspolitische Zuständigkeiten anzutreffen und die integrationspolitische Arbeit erfolgt häufiger

systematisch nach einem entwickelten Integrationskonzept oder -leitbild. In ländlichen Gemeinden ist die Integrationsarbeit hingegen zumeist weniger systematisch organisiert und aufeinander abgestimmt. Oft sind keine formalen Zuständigkeiten definiert.

► **Kriterium: Fremdheit**

Das städtische Leben ist seit jeher von Pluralität und Vielfalt geprägt, daher spielt das Kriterium Fremdheit im städtischen Kontext nur eine untergeordnete Rolle. In ländlichen Gemeinden bleiben Zugezogene (auch der gleichen Nationalität) meist länger fremd. Kulturelle Unterschiede und Fremdheit bestimmende Aspekte werden eher als Problem wahrgenommen. Durch die kleinräumigen Strukturen in ländlichen Gemeinden ist zudem die Sichtbarkeit des Fremden höher. Damit geht einher, dass nur geringfügige räumliche Segmentierungen (z.B. zwei Familien mit Migrationshintergrund wohnen in einem Wohnhaus) oft als überproportional hoch empfunden werden.

► **Kriterium: Migrantische Netzwerke**

Migrantische Netzwerke, wie kulturelle Vereine, können Zuwanderinnen und Zuwanderern insbesondere am Anfang Halt und Orientierung bieten. In ländlichen Gemeinden sind jedoch solche Netzwerke weniger häufig vorhanden bzw. erst im nächsten größeren Zentrum angesiedelt, was die Erreichbarkeit erschwert. Fehlen solche Netzwerke, sind Zuwanderinnen und Zuwanderer mehr auf den eigenen Familienverband angewiesen bzw. auf sich alleine gestellt. Die Etablierung von migrantischen Netzwerken wird oft durch die geringere Anzahl an Menschen mit Migrationshintergrund erschwert. Gleichzeitig bieten kleine und mittelgroße Gemeinden auf Grund ihrer überschaubareren Struktur mehr Kontaktmöglichkeiten zur Gemeindebevölkerung. Den Zugang dazu zu finden ist jedoch für aus-

ländische und inländische Zugewanderte oft schwierig.

► **Kriterium: Spezifische integrationsunterstützende Infrastruktur und Angebote**

Städte bieten meist ein breiteres und differenziertes Angebot an integrationsunterstützender Infrastruktur, wie z.B. Bildungs-, Gesundheits- und Sozialeinrichtungen, an. Die Zuständigkeiten für integrationspolitische Maßnahmen können sich zudem auf mehr institutionalisierte und professionalisierte Akteurinnen und Akteure verteilen. In ländlichen Gemeinden sind häufiger Ansprechpersonen in Mehrfachrollen anzutreffen (z.B. Bürgermeisterin/Bürgermeister ist gleichzeitig Vereinsvorstand oder Lehrerin/Lehrer). Seltener sind spezifische Beratungsangebote und professionalisierte Integrationsakteurinnen und -akteure vorhanden. Häufig sind Kindergärtnerinnen/Kindergärtner sowie Lehrerinnen/Lehrer die Partnerinnen/Partner in der Integrationsarbeit. Verstärkt werden integrationsunterstützende Maßnahmen ehrenamtlich über Kirchen, örtliche Vereine oder einzelne aktive Privatpersonen organisiert.

► **Kriterium: Rolle Bürgermeister/Bürgermeisterin**

Während in Städten der Bürgermeister/die Bürgermeisterin nur ein Integrationsakteur oder eine Integrationsakteurin von vielen weiteren ist, nimmt dieser bzw. diese in kleinen und mittelgroßen Gemeinden im ländlichen Raum eine wichtige Rolle als integrierende Persönlichkeit ein. Durch eine offene und wertschätzende Kommunikation und Ansprache aller Gemeindebürgerinnen und -bürger kann ein integrationsfreundliches Klima entstehen.

► **Kriterium: Rolle Vereine**

Die Bedeutung des Vereinswesens für die Stärkung des Zusammenlebens ist in länd-

lichen Gemeinden höher ausgeprägt. Die Integration in die Gesellschaft wird häufig über die Teilnahme am Vereinsleben geboten. Vereine können dadurch Inklusion ermöglichen, aber auch mangelnde Offenheit und Ausschluss verfestigen.

Die dargestellten integrationsrelevanten Unterschiede zwischen städtischen und ländlichen Gemeinden machen deutlich, dass Integrationskonzepte und -beispiele, die durch bzw. für Städte entwickelt wurden, nur eingeschränkt auf Gemeinden im ländlichen Raum übertragbar sind.

Außerdem ist zu beachten, dass nicht jede Gemeinde im ländlichen Raum von den gleichen Charakteristika gekennzeichnet ist. Sie unterscheiden sich teilweise stark voneinander, z.B. hinsichtlich Bevölkerungsentwicklung, historischen Zuwanderungsverlauf, Verkehrsanbindung, Verfügbarkeit und Struktur von Arbeitsplätzen, Wirtschaftsentwicklung, Angebot an leistbarem Wohnraum oder der Verfügbarkeit von Kinderbetreuungsplätzen (vgl. dazu auch Amt der Oberösterreichischen Landesregierung 2011, 75). Demzufolge verschieden sind die Potentiale und Herausforderungen im Zusammenhang mit Integration, die in den Gemeinden anzutreffen sind. Jede Gemeinde ist daher individuell zu betrachten (Gruber 2013, 10).

4. INTEGRATIONSARBEIT IM LÄNDLICHEN RAUM

4.1 Organisatorische Verankerung

Im Rahmen der Erhebungen und Analysen für das bereits angesprochene Praxishandbuch „Integration im ländlichen Raum“ konnte festgestellt werden, dass das Thema Integration von kleinen und mittelgroßen Gemeinden in ländlichen Regionen auf unterschiedliche Weise verankert wird. In einigen der untersuchten Gemeinden (Stadtgemeinde Kirchdorf an

der Krems oder Stadtgemeinde Wörgl) entwickelten sich erste integrationspolitische Maßnahmen im Rahmen von „Lokalen Agenda (LA) 21-Prozessen“. In anderen Gemeinden (z.B. Stadtgemeinde Radstadt) wiederum wurden erste Maßnahmen durch Landesinitiativen bzw. -projekte angestoßen. Auch die Aktion „Familienfreundliche Gemeinde“ fördert die Initiierung und Umsetzung (erster) integrationspolitischer Aktivitäten (u.a. in der Stadtgemeinde Wörgl).

Von manchen Gemeinden wurde das Thema Integration in Form eines politischen Ausschusses verankert (z.B. in der Marktgemeinde Frankenburg, Stadtgemeinde Wörgl und Stadtgemeinde Korneuburg). Den verantwortlichen Gemeindepolitikerinnen und -politikern kommt dabei die Aufgabe zu, das Thema auf politischer Seite voranzutreiben. Weitere Möglichkeiten, wie die Querschnittsmaterie Integration organisatorisch verankert werden kann, sind bspw. die Einrichtung von Sprechstunden für die Bevölkerung (wie z.B. in der Stadtgemeinde Wörgl), die Einsetzung von Integrationsbeauftragten in der Gemeindeverwaltung (z.B. in der Marktgemeinde Telfs), die Einrichtung eines Integrationsbeirates (bspw. in der Stadtgemeinde Kirchdorf an der Krems) oder eines Integrationsarbeitskreises (z.B. in der Stadtgemeinde Knittelfeld), die meist ehrenamtlich arbeiten. Die Marktgemeinde Wartberg an der Krems hat das Thema in Form eines regelmäßig stattfindenden Integrationscafés verankert. Mitglieder des örtlichen Integrationsausschusses, wie auch Interessierte aus der Gemeindebevölkerung, treffen sich hierbei monatlich, um sich über das positive Zusammenleben in der Gemeinde auszutauschen. Die ungezwungene Atmosphäre fördert und bietet Raum für die Entwicklung neuer integrationspolitischer Projektideen, die von den Teilnehmerinnen und Teilnehmern des

Integrationscafés umgesetzt werden. In der Stadtgemeinde Wörgl wurde zusätzlich in Kooperation mit den Umlandgemeinden ein Integrationszentrum eingerichtet. Durch die gemeindeübergreifende Arbeit des Integrationszentrums ist es nicht notwendig, dass jede Gemeinde eigene Integrationsbüros einrichtet und dieselben Aktivitäten mit hohem Vorbereitungs- und Ressourceneinsatz gesondert durchführt. Durch die Gemeindegrenzen übergreifende Integrationsarbeit ist es möglich, ein größeres Angebot an integrationsfördernden Aktivitäten bei gleichzeitig ressourceneffizienterem Mitteleinsatz bereitzustellen.

Oft fehlt es in Gemeinden noch an entsprechendem Know-how und an Ansprechpartnerinnen und -partnern für die Initiierung und Umsetzung von integrationsfördernden Aktivitäten. In solchen Fällen kann gerade für kleinere Gemeinden die Kooperation mit einem regional ansässigen Integrationszentrum eine gute Möglichkeit darstellen, Integrationsarbeit auch in der eigenen Gemeinde voranzutreiben. Ein weiteres Beispiel für interkommunale Integrationsarbeit stellt etwa die Kleinregion Schwarzatal dar. Im Rahmen eines Projektes erarbeiten niederösterreichische Gemeinden zusammen mit der Kleinregion Schwarzatal, unterstützt von lokal verankerten externen Prozessbegleiterinnen und -begleitern mit Migrationshintergrund, ein gemeinsames, regionales Integrationsverständnis mit spezifischen kommunalen Schwerpunktsetzungen. Wie am Beispiel der Stadtgemeinde Wörgl ersichtlich wird, kann das Thema Integration auch in Form eines Mehrsäulen-Modells mit Ansprechpartnerinnen und -partnern bzw. Zuständigen in der Politik und in der Verwaltung (Integrationsbeauftragte, politischer Ausschuss und Integrationszentrum) in der Gemeinde verankert werden (Gruber 2013, 29–30).

4.2 Good-Practice-Beispiele

Wie bereits angeführt, stellen auch kleine und mittelgroße Gemeinden im ländlichen Raum keine homogene Einheit dar. Kleine Gemeinden bis 5.000 Einwohnerinnen und Einwohner sind nicht mit Gemeinden mit mehr als 10.000 Einwohnerinnen und Einwohnern zu vergleichen. Ihre Struktur, personelle und finanzielle Ausstattung oder die Verfügbarkeit und Versorgungsdichte von (sozialer) Infrastruktur sind unterschiedlich. Daher wurden die kleinen bis mittelgroßen Gemeinden des ländlichen Raums für die Untersuchung in drei Größenklassen (< 5.000 Einwohnerinnen und Einwohner, 5.000 bis 10.000 Einwohnerinnen und Einwohner, 10.001 bis 15.000 Einwohnerinnen und Einwohner) unterteilt (Gruber 2013, 12). Bei den hier angeführten integrationspolitischen Good-Practice-Beispielen (entnommen aus Gruber 2013) wurde darauf geachtet, dass integrationsfördernde Initiativen und Maßnahmen aus Gemeinden von allen drei Größenklassen vertreten sind.

Über die Vielfältigkeit und Breite der integrationsfördernden Aktivitäten von Gemeinden im ländlichen Raum soll die nachfolgende Auswahl einen Eindruck vermitteln.⁴ Die dargestellten Handlungsfelder sind an den Handlungsfeldern des Nationalen Aktionsplans für Integration (NAP.I) angelehnt.

Handlungsfeld: Zusammenleben, Wohnen und Nachbarschaft

Beispiel 1 – „Miteinander Wohnen – So geht’s konfliktfrei“, Stadtgemeinde Knittelfeld

Die Stadtgemeinde Knittelfeld hat sich auf Grund von Beschwerden der Bürgerinnen und Bürger über Mülltrennungsprobleme in Wohnhäusern entschlossen, eine Initiative umzusetzen, mit der auf einfache und verständliche Weise über die Haus-

ordnung von Wohnanlagen informiert wird. Mit Informationstafeln und Bildern (Piktogrammen) wird in Gemeindefortbauten und Genossenschaftswohnanlagen über Nachtruhezeiten, Müllentsorgung und -trennung oder ein Rauchverbot im Stiegenhaus informiert. Die Bilder helfen dabei, unabhängig von Sprachkenntnissen, das Geschriebene zu erklären und zu untermauern. Zusätzlich werden alle Bewohnerinnen und Bewohner mittels Informationsflyer auf die Regeln des Zusammenlebens aufmerksam gemacht.

Handlungsfeld: Sprache und Bildung

Beispiel 2 – „Zweisprachige Lesenachmittage“, Stadtgemeinde Schärding

Viele Integrationsaktivitäten werden auf ehrenamtlicher Basis durchgeführt. So auch die zweisprachigen Lesenachmittage in der Stadtgemeinde Schärding. Die örtliche Stadtbücherei organisiert in Zusammenarbeit mit einer pensionierten Volksschullehrerin und einer türkischen Frau Lesenachmittage, bei denen Kinderbücher auf Deutsch und Türkisch für Kinder ab dem Kindergartenalter vorgelesen werden. Die Lesenachmittage finden entweder in der Stadtbücherei Schärding, im Türkisch-Islamischen Kulturverein oder im Caritas-Integrationsbüro statt. Parallel dazu werden an diesen Terminen Bücherführungen für die Eltern angeboten. Die Veranstaltungen werden in den Kindergärten und Volksschulen sowie im Rahmen der Frauencafés beworben.

Handlungsfeld: Arbeit und Beruf

Beispiel 3 – „Vergabe von Praktika und Beschäftigung von Menschen mit Migrationshintergrund in der Gemeindeverwaltung“, Marktgemeinde Telfs

In der Gemeindeverwaltung der Marktgemeinde Telfs werden Mitarbeiterinnen und

Mitarbeiter mit Migrationshintergrund in unterschiedlichen Positionen beschäftigt. Zwei von neun Mitarbeiterinnen bzw. Mitarbeitern im Bauamt haben einen (syrischen und türkischen) Migrationshintergrund. Sie arbeiten als Diplomingenieure. Außerdem ist ein türkischstämmiger Maturant für die türkische Beratung im Gemeindeamt angestellt. Die Marktgemeinde Telfs vergibt auch regelmäßig Praktika an Jugendliche mit Migrationshintergrund, wobei das Einstellungskriterium grundsätzlich die fachliche Eignung, unabhängig von Herkunft und Nationalität, ist.

Handlungsfeld: Gesundheit und Soziales

Beispiel 4 – „Pinocchio – Eltern-Kind-Treff“, Gemeinde Altschachen

Eltern mit österreichischen und nicht-österreichischen Wurzeln haben im Rahmen von „Pinocchio“, dem niederschweligen interkulturellen Eltern-Kind-Treff der Gemeinde Altschachen, die Gelegenheit andere Eltern kennen zu lernen und sich in entspannter Atmosphäre bei Tee, Kaffee und Kuchen auszutauschen. Der Eltern-Kind-Treff ist für alle Eltern mit Kindern bis zu drei bzw. vier Jahren offen und erfordert keine gesonderte Anmeldung. Die Teilnahme daran ist kostenlos und wird von einer fachkundigen Betreuerin begleitet. Unter Aufsicht der Eltern spielen die Kleinkinder miteinander, hören dabei schon frühzeitig andere Sprachen und haben Spaß miteinander.

Da die Gemeinde Altschachen hohen Zuzug hat, können junge Eltern oft auf keine Verwandten und nur wenige Bekannte im Dorf zurückgreifen. Der interkulturelle Eltern-Kind-Treff bietet damit die Möglichkeit, Gleichgesinnte (aus anderen Kulturen) zu treffen. „Pinocchio“ stellt somit eine weitere Initiative dar, wie interkultureller Dialog im Dorf gefördert wird.

Handlungsfeld: Rechtsstaat, Kommunalpolitik und Mitbestimmung

Beispiel 5 – „Jungbürger/innenfeier“, Marktgemeinde Frankenburg am Hausruck

Alle Jugendlichen, die die Volljährigkeit erreicht haben, sowie Lehrlinge und Maturantinnen und Maturanten mit einem ausgezeichneten Abschluss werden von der Marktgemeinde Frankenburg am Hausruck zu einer gemeinsamen Feier eingeladen. Sie bekommen u.a. die Landeschronik sowie einen Jungbürgerinnen- bzw. Jungbürgerbrief überreicht und erhalten im Rahmen dieser Feier einen Einblick in Musik und Modestil aus ihren Geburtsjahrgängen.

Die „Jungbürger/innenfeier“ stellt keine integrationspolitische Spezialmaßnahme dar, sondern spricht alle Jugendlichen der Gemeinde gleichermaßen an (Initiative im Rahmen der Regelstrukturen). Durch die überreichte Landeschronik und das Vorstellen verschiedener Musik- und Modestile werden die Jugendlichen angeregt, sich mit der Gemeindegeschichte und der österreichischen Kultur auseinanderzusetzen.

Beispiel 6 – „Fest der Nationen“, Marktgemeinde Neudau

Anlässlich des Jubiläumsfestes der Ortsstelle Neudau des Roten Kreuzes und des Lebenshilfe-Integrationszentrums wurde unter Federführung der Ortsstelle des Roten Kreuzes ein zweitägiges Fest der Nationen in der Marktgemeinde Neudau veranstaltet. Mit dem Fest war nicht nur eine Würdigung der beiden Institutionen verbunden, sondern es sollte auch ein Fest der 21 verschiedenen Nationalitäten und elf anerkannten Religionen, die in der Gemeinde vertreten sind, sein und damit die langjährige gelebte Integration fördern sowie das Miteinander und Kennenlernen der verschiedenen Bevölkerungsgruppen

und das Leben mit geistig- und mehrfach-behinderten Menschen stärken. Damit sich lang ansässige und zugezogene Neudauerinnen und Neudauer gleichermaßen angesprochen fühlen, wurden Musik- und Tanzeinlagen – von Volksmusik über rumänische bis zu afrikanischer und orientalischer Musik – in das Fest eingebunden. Auf Grund der Mitwirkung der Kindergarten- und Volksschulkinder sollten auch die Eltern (insbesondere auch die Eltern mit Migrationshintergrund, die möglicherweise eher selten gesellschaftliche Feste, z.T. auf Grund von Kommunikationsschwierigkeiten, besuchen) angeregt werden, am Fest teilzunehmen.

5. RESÜMEE

Die steigende Bedeutung von Zuwanderung und Integration im ländlichen Raum erfordert von den örtlichen Integrationsakteurinnen und -akteuren einerseits Wissen um integrationsrelevante Unterschiede zwischen städtischen und ländlichen Gemeinden sowie andererseits Planungs- und

Umsetzungskompetenz für die Initiierung und Durchführung integrationsfördernder Aktivitäten. Für die Wahrnehmung dieser Aufgaben brauchen Gemeinden auch Unterstützung – finanzieller Art, aber auch in Form von z.B. Kompetenzvermittlung oder Prozessbegleitungen. Häufig wissen Gemeinden nicht, wie sie mit Integrationsarbeit beginnen sollen. Die Kooperation mit Nachbargemeinden bzw. bereits integrationspolitisch aktiven Gemeinden kann den Start erleichtern. Auch das erwähnte Praxishandbuch „Integration im ländlichen Raum“, das einen Leitfaden für die integrationspolitische Arbeit in ländlichen Gemeinden – von der Initiierung bis zur Finanzierung – darstellt, kann Gemeinden mit den Good-Practice-Beispielen, die den Handlungsspielraum für Gemeinden verdeutlichen und anderen Gemeinden Impulse für die eigene Integrationsarbeit geben sollen, sowie mit der umfassenden Toolbox bei dem Auf- und Ausbau der eigenen Integrationsarbeit helfen.

¹ Vgl. bspw. die Forschungs-Praxis-Projekte „Integrationspotenziale in kleinen Städten und Landkreisen“ (Laufzeit: 2009–2011) und „Integrationspotenziale ländlicher Regionen im Strukturwandel“ (Laufzeit: 2012–2014), die federführend durch die Schader-Stiftung koordiniert und umgesetzt werden.

² Vgl. bspw. „Migration als Chance für den ländlichen Raum“, das als Kooperationsprojekt der Fachhochschule Kärnten und Bezirkshauptmannschaft Hermagor durchgeführt wird.

³ Vgl. bspw. die Tagung „Integrationsarbeit im ländlichen Raum“ der Fach-

hochschule Kärnten, die im Februar 2013 stattfand, oder die Präsentation der Studienergebnisse unter dem Titel „Migration und Integration: Wie kann das Potenzial der Zuwanderung in ländlichen Regionen besser entwickelt werden?“ der Bundesanstalt für Bergbauernfragen, die im September 2013 veranstaltet wurde.

⁴ Die dargestellten Projekte und Maßnahmen beinhalten keine Wertung zu anderen Projekten, die ebenfalls als beispielhaft gelten können, aber nicht im vorliegenden Beitrag dargestellt werden. Für weitere Beispiele siehe Gruber 2013.

Quellenangaben

Amt der Oberösterreichischen Landesregierung (Hg.) (2011). 1. Umsetzungsbericht zum Integrationsleitbild des Landes OÖ, Linz, Online: http://www.land-oberoesterreich.gv.at/files/publikationen/SO_Integration_Umsetzung.pdf (10.11.2013).

Antalovsky, Eugen/Wolffhardt, Alexander (2002). Migration – Integration – Diversitätspolitik, Wien, zit. nach: Struppe, Ursula (2008). Vielfalt als Querschnittsthema der Stadt, in: Leibetseder, Bettina/Weidenholzer, Josef (Hg.) Integration ist gestaltbar. Strategien erfolgreicher Inte-

- grationspolitik in Städten und Regionen, Wien, 103–118.
- Bischof, Karin/Liegl, Barbara (2008). *Integration in kleineren Gemeinden als Spiegel der Arbeitsmarktdynamiken*, in: Leibetseder, Bettina/Weidenholzer, Josef (Hg.) *Integration ist gestaltbar. Strategien erfolgreicher Integrationspolitik in Städten und Regionen*, Wien, 149–162.
- Bundesministerium für Inneres (Hg.) (o.J.). *Nationaler Aktionsplan für Integration*, Wien, Online: www.integrationsfonds.at/fileadmin/Integrationsfond/NAP/nap_bericht.pdf (22.07.2013).
- Caixeta, Luzenir/Cepek-Neuhausner, Elisabeth (2008). *Die Normierung von Machtstrukturen im Diskurs der Integration und das Potenzial des Widerstands. Eine kritische Darstellung aus der Perspektive von Frauen/Migrantinnen*, in: Leibetseder, Bettina/Weidenholzer, Josef (Hg.) *Integration ist gestaltbar. Strategien erfolgreicher Integrationspolitik in Städten und Regionen*, Wien, 49–63.
- Expertenrat für Integration (Hg.) (2011). *Integrationsbericht. Vorschläge des Expertenrates für Integration*, Wien.
- Fassmann, Heinz (2008). *Integration und integrationspolitische Leitlinien*, in: Leibetseder, Bettina/Weidenholzer, Josef (Hg.) *Integration ist gestaltbar. Strategien erfolgreicher Integrationspolitik in Städten und Regionen*, Wien, 1–15.
- Gruber, Marika (2013). *Integration im ländlichen Raum. Ein Praxishandbuch*, Innsbruck.
- Güngör, Kenan (2008). *Integration im ländlichen Raum. Ausgangslagen, Ambivalenzen und Handlungsansätze*, in: Leibetseder, Bettina/Weidenholzer, Josef (Hg.) *Integration ist gestaltbar. Strategien erfolgreicher Integrationspolitik in Städten und Regionen*, Wien, 136–148.
- Jagersberger, Doris (o.J.). *Inklusion als Weiterführung von Integration*, Online: http://www.integrationsberatung.at/fileadmin/user/oberoesterreich/CKJ/Heilpaedagogik/Fachberatung_Integration/Inklusion_Jagersberger.pdf (10.11.2013).
- Keskin, Hakki (2009). *Deutsch-türkische Perspektiven. Plädoyer für eine zukunftsorientierte Integrationspolitik*, Schwalbach.
- Kommunale Gemeinschaftsstelle für Verwaltungsvereinfachung – KGSt (Hg.) (2005). *Management kommunaler Integrationspolitik. Strategie und Organisation. Bericht Nr. 7*, Köln.
- Österreichische Raumordnungskonferenz – ÖROK (Hg.) (2010). *ÖREK-Partnerschaft: Vielfalt & Integration im Raum*, Wien, Online: <http://www.oerok.gv.at/raum-region/oesterreichisches-raumentwicklungskonzept/oerek-2011/oerek-partnerschaften/vielfalt-integration-imraum.html> (14.07.2013).
- Perching, Bernhard (2010). *Migration, Integration und Staatsbürgerschaft – was taugen die Begriffe noch?*, in: Langthaler, Herbert (Hg.) *Integration in Österreich. Sozialwissenschaftliche Befunde*, Innsbruck, 13–32.
- Schader-Stiftung et al. (Hg.) (2005). *Zuwanderer in der Stadt. Empfehlungen zur stadträumlichen Integrationspolitik*, Darmstadt.
- Statistik Austria (Hg.) (2012). *Bevölkerung ausländischer Herkunft nach Gebietseinheiten (01.01.2012)*. *Statistik des Bevölkerungsstandes*, Wien.
- Statistik Austria (Hg.) (2013a). *Bevölkerung mit Migrationshintergrund nach Bundesländern (Jahresdurchschnitt 2012)*, erstellt am 21.03.2013, Wien, Online: www.statistik.at/web_de/static/bevoelkerung_mit_migrationshintergrund_nach_bundeslaendern_033241.pdf (16.11.2013).
- Statistik Austria (Hg.) (2013b). *Bevölkerung nach Gemeinden am 01.01.2013*. *Statistik des Bevölkerungsstandes*, erstellt am 16.7.2013, Wien.
- Statistik Austria/Bundesministerium für Inneres (Hg.) (2013). *Migration & Integration. Zahlen, Daten, Indikatoren 2013*, Wien.
- UNECE (Hg.) (2006). *Conference of European Statisticians Recommendations for the 2010 Census of Population and Housing*, New York/Geneva.